

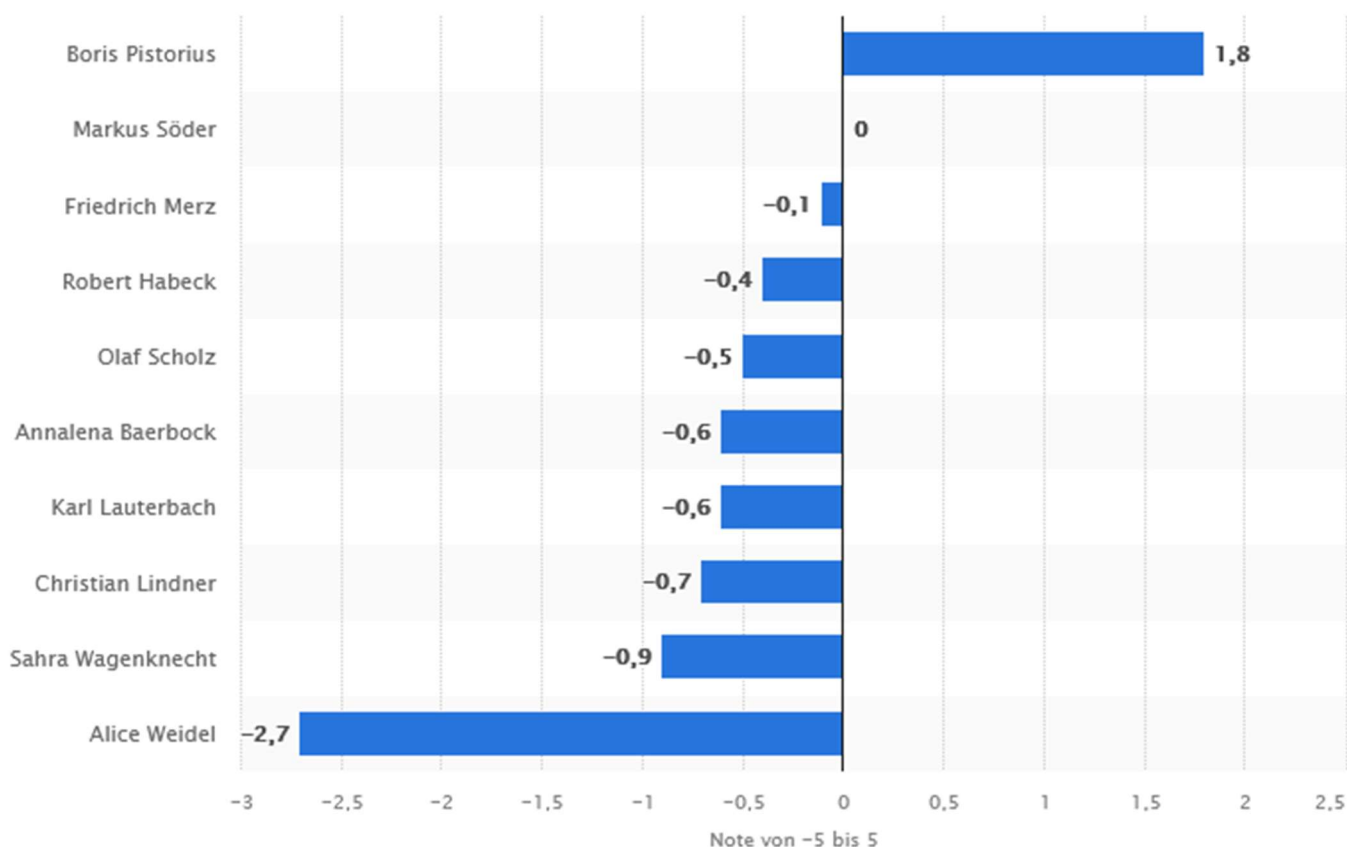
KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

16 Jahre dauerte die Regentschaft der Kanzlerin Angela Merkel. Heute glaubt man zu wissen – zu lange! Aber so wiederholt sich die Geschichte. Erst ruft man Hosianna (das heißt „Hilf doch“) und später steinige ihn/sie. Ihre Politik der Vernunft wendete sie auch bei Diktatoren in China und Russland an. Wandel durch Handel ist allerdings oftmals naiv. Die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl müssen wir heute teuer bezahlen. Wir kaufen heute russische Energien über andere europäische Länder teurer zu. Mit dem Ei, was man ins Nest der Ampel gelegt hat, könnte die allerdings auch anders umgehen. Das Abschalten der Atommeiler aufgrund des Vorfalls in Fukushima war eine emotionale Entscheidung. Es gab kein technisches Problem, sondern Schuld war der Tsunami. Noch bis heute verteidigen grüne Politiker das Atom-Aus. Der Pseudo-Kanzler Friedrich Merz war Vordenker des **neuen Grundsatzprogramms der CDU**, in dem die Rückkehr zum Atom beschlossen wurde. Bezüglich Migrationspolitik wurde Angela Merkel oft zitiert und kritisiert: „Wir schaffen das“. Die Leichtigkeit, wie die Ampel damit umging und noch immer umgeht, wurde im neuen Grundsatzprogramm der CDU ebenfalls gründlich reformiert. Ursula von der Leyen stand vor ca. 5 Jahren auf keinem Wahlzettel der EU. Angela Merkel hat 2019 dafür gesorgt (mit Hilfe von Robert Habeck), dass sie sich auf dem Platz der EU-Ratspräsidentin festsetzen durfte. Für ihre Partei, die CDU, hat sie sich als grüne Reizfigur entwickelt. Auch am 9. Juni dieses Jahres wird sie nicht gewählt, sondern muss im Europaparlament und im Rat der Mitgliedstaaten um eine zweite Amtszeit buhlen. Allerdings ist ihr Wahlkampf in Deutschland kaum wahrzunehmen, denn die „glücklose“ ehemalige deutsche Verteidigungsministerin hat sich in Brüssel als grasgrüne Chefbürokratin entwickelt. Schlau wie sie ist, hat sie die Aufforderung von Markus Söder verstanden, sich weniger um Klimaschutz und mehr um Wirtschaft zu kümmern. Für Friedrich Merz steckt ein politisches Kalkül dahinter. Wenn sie für eine zweite Amtszeit durchfällt, muss die Bundesregierung gemäß Koalitionsvertrag der Ampel den Grünen das Recht einräumen, einen anderen Kandidaten oder Kandidatin zu benennen. Wer könnte sich diese Personen als deutsche Vertreter im Europa-Parlament vorstellen: Anton Hofreiter, Ricarda Lang, Claudia Roth und ähnliche. Ursula von der Leyens zwischenzeitliche Wandlung sind Versprechungen an die Wirtschaft, weniger vorzuschreiben und mehr zu „vertrauen“. Den Bauern hat sie bereits Zugeständnisse gemacht. Beim kürzlichen Gespräch mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi hat sie unter anderem den Schutz der europäischen Wirtschaft herausgestellt, fairen Wettbewerb, Preisdumping und anderes mehr. Es scheint, dass ihre rhetorischen Ansagen in einem Ohr des Präsidenten rein und – kaum gehört – am anderen Ohr wieder rausgegangen sind. Sein anschließender Reiseplan zeigt, wie wichtig er das Gespräch nahm. Auf der Agenda zur **Wiederwahl Ursula von der Leyens** steht der Kampf gegen den Klimawandel nicht an erster Stelle, sondern das, was europäische Wähler und Wählerinnen bewegt: Bildung, Wohnungsnot, Inflation, Migration und anderes mehr. Die AfD ist für sie ein rotes Tuch; sie bezeichnet die Abgeordneten als Spione für Putin und China. Wir meinen, dass sie sich die Wahlprognosen ansehen sollte, sich mit ihren Fachleuten zu besprechen und dann mit Substanz „Kontra“ zu sagen. Heutige Prognose zur Wiederwahl: Völlig offen! Wahrscheinlich leben Ursula von der Leyen und Angela Merkel noch heute eine persönliche Wertschätzung aus, allerdings kann die Altkanzlerin ihr bei der Karriereverlängerung nicht mehr helfen. Friedrich Merz jedoch räumt schon heute auf und „entsorgt“ alles, was ehemals als Errungenschaft von Angela Merkel galt. Sein Programm: Erneute Wehrpflicht, Rückkehr zur Atomenergie, Härte in der

Migrationspolitik und anderes mehr. Es scheint, dass er sich heute dafür rächt, dass sie ihn seinerzeit kaltgestellt hat.

Seit Monaten kritisieren wir die Arbeit der Ampel-Mitglieder, allen voran in der Pole-Position den Kanzler Olaf Scholz. Ohne Zweifel kein Dummer, ein sehr belesener Mensch. Aber die Attribute, die ihn nach unten ziehen, überwiegen. Als Mann an der Spitze der deutschen Politik (leider) eine Fehlbesetzung. Man kann Politik nicht mit Fußball vergleichen; aber es scheint, dass er nicht den Willen hat, zu siegen. Ein Gespräch bei Xabi Alonso (Trainer von Bayer Leverkusen) würde ihn vielleicht weiterbringen. Sein Auftreten ist ein „Zeitspiel“, mit dem er sich bis zum Ende der Legislaturperiode retten will. Er wollte mal mit dem „Wumms“ aus der Krise kommen – aber es ist bei einer leeren Worthülse geblieben. Eine Agenda à la Schröder müsste her! So stellt sich dann der **Beliebtheitsgrad¹ der Politiker** aktuell wie folgt dar (von plus 5 bis minus 5):



© Statista 2024

Die SPD pflegte noch nie ein enges, gutes Verhältnis mit führenden Unternehmen bzw. dem Topmanagement der Fachverbände. **Olaf Scholz** zog es von Januar 2023 bis Januar 2024 25mal zu Gesprächen mit Chefs der Gewerkschaften, aber nur sechsmal zu Präsidenten der Arbeitgeberverbände. Den Zehn-Punkte-Forderungskatalog, wie man die Wirtschaft ankurbeln könnte, hat man dem Kanzler im März dieses Jahres auf der Handwerksmesse in München vorgelegt. Er ignorierte den allerdings und sah darin nur das Klagelied der Kaufleute. Für ihn stehen

¹ Quelle: ZDF Politbarometer – Erhebungszeitraum: 14.05.-16.05.2024

seine „Errungenschaften“ im Vordergrund und erwartet von allen Seiten dafür Lob. Deshalb ist der prognostizierte Konjunkturanstieg für dieses Jahr von 0,3% schon eine Erfolgsgeschichte. Auch für die nächsten Jahre sind die Wirtschaftszahlen nicht zum Jubeln und wir Deutschen sitzen im hinteren Teil des Wirtschaftszuges. Die Industrieproduktion in Deutschland fiel seit 2018 um 9%, während sie in der EU im Durchschnitt um 4% anstieg, in der Schweiz sogar um 20%. Die 60-jährigen Babyboomer erwarten von ihren Kindern eine Rente, wofür allerdings das Geld nicht vorhanden ist. Prof. Hans-Werner Sinn prognostiziert, dass in 20 Jahren die Rentenpolitik kinderlose alte Menschen in die Verarmung treibt. Bezüglich Reformierung des Rentensystems nannte Olaf Scholz das Gutachten der Wirtschaftsweisen, das im Herbst 2023 veröffentlicht wurde, „Horrorprognosen“ der Ökonomen. Von Martin Werding² bekam er eine klare Antwort: „Rückblickend hat Herr Scholz aufgrund unvorhergesehener Ereignisse wie der Flüchtlingskrise nicht ganz unrecht. Aber mit Blick auf die Zukunft redet er ziemlich Unsinn“.

In den letzten 10 Jahren haben 635.000 Deutsche das Land verlassen³. Zumeist junge, gebildete Menschen. Diese Zahl wurde überkompensiert durch Zuwanderung von Menschen mit überwiegend geringem Bildungsstand. Ein Teil der qualifizierten Zuwanderer (ca. 24%) will Deutschland dauerhaft verlassen, weil man in anderen Ländern bessere Karrierechancen sieht. Deutsche Steuer- und Abgabebelastungen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Der kürzliche Aufruf von Robert Habeck zum „Standortpatriotismus“ läuft deshalb ins Leere.

2024 fehlen mindestens 25 Mrd. € im Etat. Nach der jüngsten **Steuerschätzung** müssen Bund, Länder und Gemeinden in 2025 mit knapp 22 Mrd. € weniger auskommen als in diesem Jahr. Die Gesamteinnahmen, die der Staat als Zwangsabgabe von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen erhebt, werden auf 995,2 Mrd. € geschätzt, das meiste aus der Mehrwertsteuer. Allein der Bund wird 11 Mrd. € weniger einnehmen. Aufgrund der schlechten Wirtschaftszahlen rechnet man bis 2028 insgesamt mit 80,7 Mrd. € weniger. Die schlechten Einnahmeprognosen müssten ein Weckruf für die Ampel sein. Nur starke Unternehmen zahlen Steuern. Hat man die nicht, muss man verschiedene Ausgaben überdenken (wie z.B. ein Bürgergeld in der aktuellen Höhe). Bis zum 2. dieses Monats mussten die Ministerien ihre Forderungen für den nächsten Haushalt an das Finanzministerium melden. 9 sollen im Rahmen der Vorgaben gelegen haben. Die restlichen 6 überziehen bis über 20 Mrd. € der von Christian Lindner gesetzten Obergrenzen. Boris Pistorius macht Druck und fordert eine Erhöhung des Etats um mindestens 6,5 Mrd. €. Er begründet das mit dem Kernsatz: „Sicherheit geht vor Schuldenbremse“. Der Finanzminister hält dagegen, weil für ihn die Stärkung der Wirtschaft Vorrang hat. In der Zwischenzeit rückt der Verteidigungsminister Boris Pistorius von der Rückkehr zur Wehrpflicht ab. Die Forderung seiner Etaterhöhung hat er allerdings nicht zurückgenommen. Ein Lösen der Schuldenbremse bedeutet, vorübergehend etwas „Luft“ zu haben, aber in 10-15 Jahren wird die Abrechnung in Form von Tilgungslasten fällig. Den aktuell guten Bonitätsstatus Deutschlands müssten wir dann ebenfalls aufgeben. Die nie gekannten Steuereinnahmen in dieser Höhe sollten deshalb sinnvoll aufgeteilt werden. Die CDU hat bereits angeregt, die von einem CSU-Verteidigungsminister 2011 ausgesetzte **Wehrpflicht** wieder zu reaktivieren. Als Blaupause könnte man das schwedische Modell zugrunde legen. Es sollte junge Bürgerinnen und Bürger mit Stolz erfüllen, wenn man Deutschland dienen darf. Dänemark und Litauen haben ein Losverfahren, nach dem jeder fünfte eingezogen wird. Frankreich hat eine

² Martin Werding ist seit September 2022 Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft. Seit 2008 ist er Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum (RUB)

³ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Berufsarmee; ab 2026 kommt der Nationaldienst für alle Bürger zwischen 16 und 25 Jahren (aber nur 1-3 Monate). Ähnliches strebt der (Noch-)Premier Rishi Sunak für Großbritannien an. In Schweden unterliegen sowohl Männer als auch Frauen der Wehrpflicht. Polen will von 200.000 auf 300.000 aufstocken. Volljährige Männer werden mit dem Programm „Ferien mit der Armee“ gelockt, was gut bezahlt wird. Bei den Subventionen gäbe es reichlich Streichpotential. In einer Umfrage hat Civey⁴ festgestellt, dass 60% der Bundesbürger der Ansicht sind, dass die Ampel sich 2025 nicht auf ein Reformprogramm einigen kann. Welche Maßnahme die Bundesregierung ergreifen sollte, um die **Haushaltskrise** zu lösen:

- | | |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| - Subventionskürzungen | 60% (z.B. Dienstwagenprivileg) |
| - Klimaausgaben reduzieren | 53% |
| - Sozialausgaben reduzieren | 52% |
| - Schuldenbremse aufheben | 26% |
| - Verteidigungsausgaben reduzieren | 18% |
| - Andere Einnahmen erhöhen | 18% (z.B. CO ₂ -Preis) |
| - Steuern erhöhen | 11% |
| - Andere Kürzungen | 21% |

Die Wirtschaftswoche 21 schrieb am 17. dieses Monats, das der Kanzler einen „Wachstumshaushalt in bedrängten Zeiten“ verspricht. Das **Wachstumschancengesetz** war allerdings nicht der große Wurf. Es war lediglich ein Sammelsurium an Einzelmaßnahmen, darunter Investitionsprämie und vereinfachte Abschreibung. Das Paket war ursprünglich 7 Mrd. € schwer – also nicht mal so groß wie die Subvention für ein einziges US-Unternehmen in Magdeburg (Intel) und wurde am Ende auf 3 Mrd. € geschreddert. Für den Finanzminister Lindner frustrierend und für das Land ein schlechter Witz.

Die **Bürokratie in Deutschland** hat sich zu einem kräftigen Standortnachteil entwickelt. Auch wenn das Bundeskabinett soeben das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen hat, ist das nur ein „Trippelschritt in Zeitlupe“. Die „One-in-one out“-Regel ist zu wenig. Wir brauchen erheblich mehr als „One-in-three-out“, damit es zu Entlastungen kommt. Das wäre z.B. der „Wumms“! Der EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni sieht wieder Wachstum in Europa. Deutschland allerdings „humpelt“ als Dritttletzter mit einem prognostizierten Wachstum von 0,1% hinterher. Auch wenn die Teuerungsrate in Deutschland und der EU bei 2,1% liegt, ist das Inflationsproblem noch längst nicht aus der Welt. Die zu erwartende Zinssenkung der EZB im Sommer wird voraussichtlich nicht dazu beitragen, die Wachstumsschwäche zu überwinden. Deutschland hat kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsproblem. Hält die Politik an dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 fest, wird dieser Kampf sehr teuer. Der Energiepreis wird sich erheblich verteuern. Das bedeutet, für den CO₂-Ausstoß wird man kräftig bezahlen müssen. Der Fachkräftemangel wird in den kommenden Jahren zu einem Arbeitskräftemangel heranwachsen. Die Verhandlungsposition der Gewerkschaften wird dadurch gestärkt. Hoffentlich bedenkt man, dass Lohn- und Gehaltssteigerungen nur dann inflationsneutral sind, wenn die Produktivität mitwächst. Laut IW⁵ und IMK⁶ beträgt der Investitionsstau in den nächsten 10 Jahren 600 Mrd. €. Christian Lindner sagte (in Abstimmung mit dem Kanzler), der Anteil

⁴ Die Civey GmbH ist ein Berliner Start-up-Unternehmen, das Online-Umfragen für Meinungs- und Marktforschung durchführt, wobei Ergebnisse unmittelbar angezeigt werden (Quelle: Wikipedia)

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

⁶ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung - Düsseldorf

des Bundes ist zu stemmen. Die Reformtätigkeit der Bundesregierung sowie die defizitäre Digitalisierung des Verwaltungsapparates wirken sich negativ aus. Ein Land, das mit 40% seiner Wertschöpfung jahrzehntelang Exportweltmeister war, ist bereits vom Thron gestoßen worden – eine bedrohliche Entwicklung. Komplizierte Genehmigungsverfahren und ein ebensolches Steuersystem sowie hohe Zinskosten bremsen beabsichtigte Investitionen. Veränderte Rahmenbedingungen müssen her, denn Wohlstand erreicht man nicht mit einer Nullzinspolitik oder mit der Gelddruckmaschine.

Soeben gab es einen nicht sehr freundlichen Briefwechsel zwischen Robert Habeck (Grüne) und dem EU-Binnenkommissar Thierry Breton. Grund ist das Starlink-Projekt „Iris 2“. 2024 war der Start des 6 Mrd. € teuren Projekts geplant und sollte 2027 abgeschlossen sein. Ulrich Hans Walter⁷ rechnet allerdings mit 15 Mrd. € plus 1 Mrd. € jährlich für den Betrieb. Minister Habeck beschwerte sich über „exorbitant“ hohe Kosten und dass es zu unausgegoren sei. Elon Musk hatte vor 4 Jahren Starlink aufgebaut und versorgt mit mehr als 5.400 Satelliten die halbe Welt mit Internet. Die EU will Starlink nicht allein das Feld überlassen, sondern selbst aktiv werden. Der Bremer Satellitenhersteller OHB hat Erfahrung mit Satelliten in ca. 2.000 km Höhe, sogenannte MEOs (Medium Earth Orbit). Mit Mikrolaunchern (kleine Raketen) könnten die in die Umlaufbahn geschickt werden. Drei deutsche Startups arbeiten bereits an dem Projekt. Deutschland steht hinter dem Projekt, aber es ist noch offen, was man für sein Geld bekommt. Mit dem Plan, Kontrollzentren für den Betrieb der Satellitenkonstellation in Frankreich, Luxemburg oder Italien anzusiedeln, stößt man beim deutschen Minister auf Ablehnung. Vor dem ersten Spatenstich wird es also noch viel Redebedarf geben.

Am 01.11.1993 wurde die **Europäische Union** gegründet. Die EU ist ein Verbund aus aktuell 27 europäischen Staaten. Von dem vereinigten Europa ist man weit entfernt. Das Versprechen, den Kontinent vor Krieg zu schützen, ist zerbrochen. Es stellt sich dem Betrachter ein riesiges Bauwerk dar, in dem 705 Abgeordnete der Länder und eine Unmenge an Leuten, die ihnen zuarbeiten, ihre Aufgabe als Verwalter ausleben. Den Anschluss an erfolgreiche Industrienationen hat man verpasst. Europa ist gespalten und der internationale Einfluss ist mäßig. Das letzte Gespräch mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi hat das deutlich gezeigt. Der „Green Deal“ unter dem Vorsitz der rechthaberischen EU-Ratspräsidentin Ursula von der Leyen verwandelt sich in einen Deindustrialisierungsplan Europas. Aktuell fehlen strategische Überlegungen, um den Absturz zu verhindern. „Von Laien“ (angelehnt an von der Leyen) regiert zu werden, ist nicht gut. „Neue Männer (wir ergänzen: das können aber auch Frauen sein) braucht das Land ...“ sang 1982 Ina Deter. Deshalb sollten wir zur Europawahl das Kreuz an der richtigen Stelle machen, damit diejenigen, die wir ins Europaparlament schicken, mit Taten glänzen und nicht nur mit unsubstantiellen Reden auffallen.

⁷ Ulrich Hans Walter ist ein deutscher Physiker, ehemaliger Wissenschaftsastronaut sowie Wissenschaftsjournalist und -moderator. Seit 2003 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Raumfahrttechnik an der Technischen Universität München. Seit dem 31. März 2023 ist er Professor im Ruhestand (Quelle: Wikipedia)

**Sonntagsfrage
zur Bundestagswahl
(Stand 02.05.2024)**

Partei	%-Wert
AfD	18,0%
BSW	5,0%
CDU/CSU	31,0%
FDP	5,0%
Grüne	15,0%
SPD	15,0%
Sonstige	11,0%

Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

**Wahlumfrage
zur Europawahl
(Stand 17.05.2024)**

Partei	%-Wert
AfD	15,0%
BSW	5,0%
CDU/CSU	31,0%
FDP	4,0%
Grüne	15,0%
Linke	3,0%
SPD	14,0%
Sonstige	13,0%

Quelle:
<https://www.europawahl-bw.de/wahlprognosen-europawahl>

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Vor einigen Tagen startete Emmanuel Macron von Paris nach Neukaledonien eine 17.000 km lange Reise. Wahrscheinlich nicht, um einen Teil der 270.000 Einwohner zu sehen, sondern um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Die Chinesen versuchen u.a. über Tiktok Einfluss auf den Archipel zu nehmen. Letztlich hatte die Bevölkerung 2021 abgestimmt, um ein Teil Frankreichs zu bleiben. Man hat einen Sonderstatus und ist nicht in der EU. Französische Streitkräfte unterhalten in der Hauptstadt Nouméa einen Marinestützpunkt. Neukaledonien ist der viertgrößte **Nickel-Lieferant** der Welt und sichert Frankreich sowie der EU einen Teil seiner Bedarfe. Zurzeit bemüht sich der schweizer Rohstoffkonzern Glenore, der 49% an der Mine Koniambo hält, diese (hauptsächlich aus Kostengründen) abstoßen. Mit weit über 50% Anteil ist Indonesien der größte Anbieter von Nickel und somit auch preisbestimmend. Jakarta hatte vor Jahren ein Exportverbot für Nickelerze eingeführt, um die Wertschöpfung in Indonesien zu erhöhen. Die EU ging vor das Schiedsgericht der Welthandelsorganisation (WTO), das die Exportrestriktion für unzulässig erklärte. Da aber die Investoren weitgehend aus China stammen, geben die Chinesen auch den Ton an und bestimmen somit weltweit das Nickelangebot. Wenn es also um Nickel aus Indonesien oder Neukaledonien geht, muss man bei den Chinesen anklopfen und buhlen. Das bedeutet für westliche Länder ein Risiko bei der Rohstoffbeschaffung und -versorgung.

Ca. 85% des Nickels werden in der Herstellung von Edelstahl und Legierungen eingesetzt. Die deutsche Rohstoffagentur (DERA) nannte für 2021 einen globalen Nickelbedarf von ca. 2,4 Mio. Tonnen, für 2025 ca. 3,4 Mio. Tonnen. Wer sich dafür interessiert, kann die umfangreiche Studie der DERA „Rohstoffrisikobewertung – Nickel“ herunterladen⁸.

Die **Nickel**preise und –bestände sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich. Eine ähnliche Situation im Preis- und Bestandsgefüge stellt sich an der Shanghai Futures Exchange dar. Eine

⁸ https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-48.html

Unterversorgung ist in nächster Zeit nicht zu befürchten. Der durchschnittliche Nickelpreis bis Ende Juli dieses Jahres = ca. 19.000 US\$/to.

Der **Chrom**-Preis bewegte sich von März 2022 bis heute in einer Wellenbewegung zwischen knapp 10.000 und 12.000 US\$/to. Aktuell ist er bis Ende 06/2024 quartalsweise Festschreibung) festgeschrieben.

Der **Molybdän**-Preis macht insofern Freude, als er nicht nur stabil ist, sondern auch die Kraft hat, bis auf 50.000 US\$/to zu klettern.

Die veränderten Rohstoffpreise haben ihren Niederschlag in den Legierungszuschlägen.

Anfang dieses Monats bestätigte die Europäische Kommission die Ausweitung der endgültigen Ausgleichszölle auf kaltgewalzte Edelstahlprodukte aus Indonesien, wenn sie Material aus Taiwan, der Türkei oder Vietnam importiert haben. Es wird ein Ausgleichszollsatz von 20,5% angewendet.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
02.05.2024	1.0680	18.405	18.575	78.780	1.720
29.05.2024	1.0872	20.255	20.570	83.634	1.867

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	997	978	993	973	1.010	1.024	↑					
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	1.987	1.951	2.020	2.119	2.162	2.313	↑					
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	3.161	3.242	3.302	3.466	3.500	3.754	↑					
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	1.249	1.243	1.268	1.247	1.284	1.298	↑					
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	1.949	2.049	2.048	2.051	2.079	2.145	↑					
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	5.595	5.770	5.881	6.245	6.286	6.809	↑					
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	3.200	3.281	3.345	3.514	3.548	3.808	↑					

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192	1.168	1.212	1.229	↑					
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424	2.543	2.594	2.776	↑					
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287	2.389	2.440	2.603	↑					
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962	4.159	4.200	4.505	↑					

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445	450	450	450							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370	1.350	1.400	1.480							
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322	2.350	2.360	2.480							

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team